

Union in Deutschland

Informations-Dienst

der Christlich-Demokratischen und Christlich-Sozialen Union Deutschlands

Verlag und Vertrieb: Bonn, Argelanderstraße 173. Redaktion: Bonn, Pressehaus IV, Zimmer 48 (Tel. 21408), Görresstraße

Nr. 62

Bonn, den 12. August 1953

VII. Jah 9

„Unbeirrt und ohne Zögern“

Neues Stadium der Europa Entwicklung

Die Konferenz der sechs Außenminister hat zu einem schnellen und für die politische Weitergestaltung der Europakonstitution positiven Ergebnis geführt. In Baden-Baden hat es sich gezeigt, daß es nicht immer langer Konferenzen und Wochen dauernder Auseinandersetzungen bedarf, um zu einem alle Teilnehmer zufriedenstellenden Ergebnis zu kommen.

Auf der Grundlage der von Dr. Adenauer vor den Pressevertretern hervorgehobenen Basis des Vertrauens und der so wesentlichen menschlichen Beziehungen unter den verantwortlichen Staatsmännern wurde in Baden-Baden der Beweis erbracht, daß der Europagedanke allen Befürchtungen zum Trotz lebt und in ein neues Stadium seiner geschichtlichen Entwicklung eingetreten ist.

Zunächst ist festzustellen, daß für die Weiterarbeit an der europäischen Verfassung die in der diplomatischen Prozedur ungewöhnlich kurzen Termine von einem, bzw. zwei Monaten gesetzt sind. Am 22. September schon werden die Regierungssachverständigen in Rom ihre Arbeit am Statutenentwurf aufnehmen. Am 20. Oktober bereits werden die sechs Außenminister in Den Haag erneut zusammentreten.

Das Communiqué ergibt die Einstimmigkeit des Willens, eine europäische politische Gemeinschaft zu schaffen, die als wesentlicher Beitrag zum Weltfrieden bezeichnet wird, und die Entschlossenheit, die Arbeiten „unbeirrt und ohne Zögern“ fortzusetzen. In wesentlichen Zügen wird der bisherige Vertragsentwurf als Grundlage der Weiterarbeit festgelegt. Eine Gemeinschaft souveräner Staaten soll im Interesse aller überstaatliche Befugnisse ausüben, wie sie in den bereits geltenden Verträgen begründet sind und sich aus weiteren Verträgen ergeben. Damit ist auf die Montanunion und die Europäische Verteidigungsgemeinschaft hingewiesen. Daß die Gemeinschaft allen europäischen Staaten offenstehen soll, die sich zur Achtung der Menschenrechte und der Grundfreiheiten verpflichten und das auch der Weg der Assoziation weiterer Staaten offener verpflichtet und daß auch der Grundkonzeption. Die bisher geleistete Vorarbeit hat sich also in den wesentlichen Grundlagen und im organisatorischen Aufbau als tragfähig bewährt.

Auch der zweite Teil der Konferenz hat sich, wie der italienische Außenhandelsminister Taviani betonte, als fruchtbar erwiesen. Der Meinungsaustausch über die

letzte Sowjetnote hat zu einer solidarischen Stellungnahme der Außenminister geführt und eine sehr nützliche europäische Übereinstimmung dokumentiert. Hier ist die europäische Gemeinschaft, noch bevor sie formell besteht, schon positiv in Erscheinung getreten.

Die SPD ist durch dieses positive Ergebnis, daß im deutschen Volke sicherlich mit Genugtuung begrüßt werden wird, erheblich konsterniert. Der SPD-Pressedienst spricht im gewohnten Ton der Negation um jeden Preis von einer „bösen Schlappe des Bundeskanzlers“, und zwar deshalb, weil die Europaverfassung entgegen dem Wunsche des Kanzlers „in die Hände der Bürokratie geraten sei“. Schneller und positiver als in Baden-Baden gehandelt wurde, ist bisher

kaum je einmal gearbeitet worden. Daß man in anderthalb Tagen ein so umfangreiches Verfassungswerk nicht in Bausch und Bogen annehmen konnte, wird selbst die SPD wissen. Die amerikanische Verfassung hat immerhin elf Jahre gebraucht, um in Kraft zu treten. Auch die SPD sollte sich darüber klar werden, was es bedeutet, daß ein Jahr nach Beginn der verfassungsgebenden Tätigkeit bereits ein so konkreter und rascher Fortgang erzielt wurde. Ist es doch ein geradezu revolutionierendes Ereignis, wenn sechs Staaten in Europa mit ihrer Bevölkerungszahl und ihrem gewaltigen Wirtschaftspotential sich zum einem Zusammenschluß in verfassungsmäßiger Form entschlossen haben.

Wenn die führende Oppositionspartei wieder einmal zeigt, daß sie für große geschichtliche Ereignisse keinen Sinn hat, soweit sie nicht ihrem innerpolitischen Oppositionsbedürfnis entsprechen, so setzt sie sich dabei selbst vor dem deutschen Volke und vor der Welt ins Unrecht. Sie fühlt sich anscheinend bemüßigt, ihre antieuropäische Linie bis zur letzten Inkonsequenz durchzuhalten. Wahrscheinlich beabsichtigt sie, auch dann noch zu Europa nein zu sagen, wenn mit Annahme der europäischen Verfassung die Geschichte endgültig über sie hinweggegangen ist.

„Union im Wahlkampf“

Mit Zuversicht und erfreulicher Kraftanspannung ist die Christlich-Demokratische Union und mit ihr die Christlich-Soziale Union in den Wahlkampf eingetreten. Der Bundeskanzler selbst hat als Parteivorsitzender in seiner großen Dortmunder Rede, mit der er den Wahlkampf eröffnete, die Wahlkampflinie gekennzeichnet: Wir haben etwas geleistet, wir wollen den Weg des Erfolges und der verantwortungsbewußten Arbeit weitergehen!

Noch niemals hat wohl in der politischen Geschichte eine Regierung nach Abschluß ihrer ersten Arbeitsperiode zumal nach so totem Zusammenbruch des Staatwesens und der Wirtschaft eine gleich überzeugende Leistung aufzuweisen gehabt.

In der Einleitung zum Hamburger Programm heißt es:

„Unter der Kanzlerschaft Konrad Adenauers hat die Christlich-Demokratische Union in den letzten vier Jahren das deutsche Volk in der Bundesrepublik aus Hunger, Not und tödlicher Vereinsamung herausgeführt.“

Mit dieser Feststellung, an der kein künftiger Historiker vorbeikommt, ist das imponierende Ausmaß innerstaatlicher Neugestaltung, wirtschaftlichen Aufbaus, sozialer Leistung und außenpolitischer Erfolge in kurzen Worten zusammengefaßt. Diese Tatsachen im einzelnen und auf allen Gebieten im Wahlkampf zu überzeugendem Ausdruck zu bringen, ist die Aufgabe, die in den kommenden Wochen gestellt ist.

Die erzielten Ergebnisse, die auch für die Männer und Frauen sprechen, deren Arbeit und Einsatz sie zu verdanken sind, müssen um so höher bewertet werden, als sie unter den ständigen, pausenlosen Angriffen und Hemmungen einer Opposition erreicht wurden, der jedes Mittel nicht nur zur Herabwürdigung dieser Leistungen, sondern sogar zu ihrer Verhinderung auf Kosten des deutschen Volkes recht gewesen ist. Von der Beschimpfung unseres Vorsitzenden als des „Kanzlers der Alliierten“ bis zu der letzten hämischen und völlig verantwortungslosen Herabwürdigung des Präsidenten der Vereinigten Staaten hat diese Oppo-

Zum Verlauf der Außenministerkonferenz

Von unserem nach Baden-Baden entsandten Redaktionsmitglied wird uns ergänzend noch berichtet:

„Alle verneinenden Geister dürfen nicht mehr an unserm Willen zweifeln“, sagte der französische Außenminister Bidault, als er sich nach Abschluß der Baden-Badener Konferenz zu den neu beschlossene Vorkehrungen zur Verwirklichung der Europäischen Politischen Gemeinschaft äußerte. Form und Zeitpunkt, die der französische Außenminister Bidault für diesen deutlichen Seitenhieb wählte, waren eine der viel bemerkbaren Äußerungen, die dem Treffen von Baden-Baden seine Besonderheit gaben. Schon die Tatsache, daß die französische Regierung in einem Augenblick erster innerer Unruhen die sogenannte „erste Garnitur“ ihrer Außenpolitiker nach Baden-Baden sandte, brachte die Skeptiker zum Schweigen.

In der Beratungsfolge sind zwar das der Zusammenkunft ursprünglich allein zugrunde liegende Thema der Europaverfassung an erster Stelle. Die Beratungen befanden sich jedoch bereits deutlich im Zeichen der allen Teilnehmern gemeinsamen Beurteilung der Lage und einer Europa-Haltung, die am Tage darauf bei der Aussprache über das Ost-Westverhältnis und der sowjetischen Noten an Deutschland und Österreich sich manifestierte. Man erfährt, daß angesichts der bekannten französischen Neigung zur äußersten Vorsicht bei schnellen Beschlüssen auf der europäischen Ebene die Übereinstimmung der Ansichten Bidaults mit denen der Bundesregierung besonders hervortrat. Enttäuschungen über den sachlich mehr als dürftigen Inhalt der russischen Note und das Gefühl, der Kreml ist

zur Zeit am Zustandekommen einer Viererkonferenz nicht interessiert, beherrschte alle Analysen der Sowjetnote, die von den Außenministern jeweils persönlich vorgetragen wurden. Es lag deshalb nahe, daß sich aus der Gemeinsamkeit der Ansichten, die Gemeinsamkeit der Folgerungen entwickelte. Sie bedeuten nicht anderes als eine bewußte Bekundung der Unbeirrbarkeit und eine praktische Beschleunigung der Arbeiten an der Verfassung.

Als im Mai dieses Jahres Bundeskanzler Dr. Adenauer sich erfolgreich darum bemühte, den Abschluß der Arbeiten durch Umgehung langwieriger Sachverständigenberatungen zu beschleunigen, konnte freilich niemand wissen, daß kurz darauf Regierungskrisen in Paris und Rom das Tempo und die Entscheidungsmöglichkeiten behindern würden. Die Aufnahme von Sachverständigenberatungen erscheint heute um so zweckmäßiger, als auf wirtschaft-

lichem Gebiet die in den letzten Monaten geführten Einzelberatungen zwischen allen 6 beteiligten Staaten intensiviert werden müssen.

Der Verlauf der Konferenz, die unter dem Vorsitz des Ministers Taviani (Italien) stand, zeichnete sich außerdem dadurch aus, daß man keine persönlichen oder rangmäßigen Unterschiede kannte. Diese entscheidende Nuance erläuterte mit schlichter Überzeugungskraft der Vertreter des kleinsten europäischen Landes, der luxemburgische Außenminister Bech.

Völlig überraschend traten während einer improvisierten Kundgebung der Europa-Jugend vor dem Kurhaus am Empfangabend des Kanzlers die 6 Außenminister unter die tausendköpfige Menge. Außenminister Bech unterstrich dabei die für ihn als alten Diplomaten eindrucksvolle Tatsache, daß er mit gleichen Rechten und Einflußmöglichkeiten neben den Vertretern der großen Nationen sitze. Hier sie ein Beweis unausgesprochener und dennoch schon wirksamer europäischer Gemeinsamkeit.

„Kontinuität italienischer Außenpolitik außer Frage“

Die italienische Zeitung „Corriere della Sera“ schreibt:

„Die italienische Krise findet auch weiterhin ein großes Echo in der internationalen, insbesondere amerikanischen Presse. Doch scheinen nicht alle Kommentare auf einer exakten Bewertung der Situation zu beruhen. Vor allem scheinen jene Auffassungen willkürlich zu sein, die von gewissen Organen hinsichtlich der Auswirkungen zum Ausdruck kommen, die die Krise auf unsere Außenpolitik haben könnte. Zu sagen — wie dies schon geschehen ist, — daß die Abstimmung gegen De Gasperi eine Abstimmung gegen Amerika und ge-

gen die NATO gewesen sei, bedeutet, eine schlecht informierte Auslegung dessen geben, was sich in den vergangenen Tagen am Montecitorio abspielte. De Gasperi ist unterlegen, weil sich die Parteien der demokratischen Mitte und der Rechten gegen ihn stellten. Aber weder die Stimmenthaltung der ersteren noch die Gegenstimmen der letzteren haben auch nur im mindesten irgendeine Frage der Außenpolitik beeinflusst. Während die Parteien der Mitte aus einem verantwortlichen und gegenwartsnahen Gefühl heraus die Außenpolitik im Rahmen einer engeren Solidarität mit der freien Welt führen wollen, bleibt außerdem die Tatsache bestehen, daß alle — nicht einmal die italienische Sozialbewegung ausgeschlossen — die atlantische Allianz wie auch die EVG als die feststehenden Punkte unserer Außenpolitik annehmen und anerkennen...“

Eine abweichende Auffassung der Außenpolitik wurde nur von der sozialistischen und kommunistischen Opposition unterstrichen... De Gasperi hat sich sehr klar ausgedrückt, als er die an ihn von Nenni herangetragenen Einflüsterungen zurückwies, und es ist sicher, daß seine Worte das Gefühl und die Überzeugungen aller Richtungen der Kammer zum Ausdruck brachten, mit Ausnahme natürlich jener der äußersten Linken. Welches auch die Lösung der Krise sein möge, eines ist sicher: die Kontinuität unserer Außenpolitik steht außer Frage. Sie wird von jedwedem respektiert werden, der De Gasperis Nachfolger sein wird. Sie wird garantiert von der parlamentarischen Mehrheit.“

Sowjetrußlands Bemühen

Wir sehen jetzt schon das Bemühen Sowjetrußlands, die alte Kriegsbündnis mit den westlichen Alliierten gegen Deutschland wieder herzustellen. Das ist die Entzweiung des Westens: Alle anderen gegen Deutschland. Am Ende dieses Weges stehen — auch dafür haben wir Indizien — eine gemeinsame Kontrolle Deutschlands und eine Neutralisierung Deutschlands. Das ist, wenn ich so sagen darf, der billigste Weg, der sich für Sowjetrußland anbietet, den Westen zu spalten.

Staatssekretär Prof. Dr. Walter Hallstein

„Union im Wahlkampf“

sition keine Möglichkeit der Entgleisung ausgelassen. Mit dem Makel verantwortungsloser Obstruktion, mit den leeren Händen des ständigen „Nein“ und neuerdings in zunehmendem Maße mit dem Agitationswortschatz des Bolschewismus tritt die Sozialdemokratische Partei vor das deutsche Volk hin. Wir können auch diese Haltung, als eine Bestätigung unserer Leistung und ihrer Ohnmacht verbuchen.

Im Bewußtsein, unsere Pflicht getan zu haben, weit über die Zusagen der Regierungserklärung des Jahres 1949 hinaus und auch über das Maß dessen hinaus, was die Opposition selbst für möglich hielt, können wir zurückblicken. Aber unser Blick ist auch in die Zukunft gerichtet. In Hamburg haben wir das Programm auch für die kommende Bundesregierung geschaffen. Unsere Wähler haben aus der Leistung der vergangenen Jahre den Beweis, daß es sich hier nicht um leere Versprechungen handelt, sondern daß den Worten wieder die Tat folgen wird. Auch das gibt uns eine Position der Unangreifbarkeit. Außerdem ist dieses Hamburger Programm nicht eine Zusammenstellung von Einzelforderungen zu Wahlzwecken, sondern der Ausdruck einer über alles Trennende der verschiedenen Volksschichten hinweg bindenden gemeinsamen Haltung, eines Arbeitswillens Deutscher beider Konfessionen im Geiste christlicher Verpflichtung.

Die Bundesparteileitung und die Vorstände der Landesverbände haben in guter Zusammenarbeit

dafür gesorgt, daß alles, was die Christlich-Demokratische Union dem deutschen Volke zu sagen hat, auch in überzeugender und leicht faßlicher Form auf den verschiedensten Wegen an die Wähler herangebracht werden kann. Der Informationsdienst der CDU/CSU, die „Union in Deutschland“, wird von dieser Nummer ab und ihrer Gründungstradition folgend, wieder bis zum Wahltag mit dem Kennwort „Union im Wahlkampf“ erscheinen. Sie will in den kommenden Wochen in verstärktem Maße das zentrale Verbindungsorgan aller an der Wahlarbeit aktiv beteiligten CDU-Freunde und Mitarbeiter sein. Sie geht bis zur Wahl über ihren engeren Bezieherkreis hinaus allen in der Organisation und Aufklärungsarbeit Tätigen, besonders auch den Parteirednern zu. Wir empfehlen dringend, nicht nur den Archivteil auszuschneiden und karteimäßig zu sammeln, sondern den gesamten Informationsdienst als Quellenmaterial für den Wahlkampf abzuheften. Einzelne fehlende Nummern können, soweit möglich, nachgeliefert werden.

Wir bitten, der Bundesgeschäftsstelle noch etwaige weitere für die kommenden Wochen geltenden Bezieheranschriften zugänglich zu machen, soweit dadurch die aktive Wahlarbeit gefördert wird. Ebenfalls bitten wir für die kommenden Wochen auch um gesteigerte Mitarbeit, Hinweise und Berichte einschlägiger Art. In der „Union im Wahlkampf“ wird alles veröffentlicht werden, was der Bundesleitung und den Landesverbänden für die gesamte Information notwendig erscheint.

Was will die Opposition eigentlich?

Dr. Adenauer durchleuchtet die Außenpolitik der SPD

In einem Rundfunkgespräch versuchte Dr. Adenauer noch einmal, die außenpolitische Position der Sozialdemokraten klarzustellen. Wir geben aus seinen Darlegungen folgende wesentliche Präzisierungen wieder:

Die Regierung hat ein Recht darauf, zu erfahren, was die Opposition wirklich will. Das Volk hat ein Recht darauf, zu wissen, was die Regierung will und was die Opposition will. Und schließlich hat der Wähler, ehe er zur Wahl schreitet, ein Recht darauf, zu wissen, welche Stellung die Parteien, die Kandidaten aufgestellt haben, einnehmen.

Die staatspolitische Aufgabe einer Opposition besteht nicht allein darin, alles zu verneinen, was die Regierung tut. Man kann nicht Negation gleich Kritik setzen. Politische Kritik muß klare Vorschläge zum Bessermachen enthalten, sonst bringt sie nur Verwirrung. Eine gute Oppositionsrede läßt sich auf die Formel bringen: „Wenn wir heute an der Regierung wären, so würden wir es so machen. Wenn wir morgen an die Regierung kommen, so werden wir es so machen.“ Und das ist die Oppositionsrede, auf die ich bei allen wesentlichen Fragen der Außenpolitik vier Jahre lang vergeblich gewartet habe.

Mit den alten Begriffen souveräner Nationalstaaten kommen wir keinen Schritt weiter. Um diesen Kontinent zu einigen, zu schützen und für immer zu befrieden, muß man einen ganz neuen Weg gehen. Den Weg zu den Vereinigten Staaten von Europa. Mit jedem Staat, der heute hierzu bereit ist, schon heute. Mit jedem Staat, der später hierzu bereit sein wird, später. Heute anfangen mit dem, was möglich ist, das ist gute und wirklichkeitsnahe Politik.

Wenn die Opposition warten will, bis ein vereinigt Europa geschaffen werden kann, wenn sie bis dahin die Hände in den Schoß legen will, so ist das keine Alternative zur Europa-Politik der Bundesregierung. Es ist keine Alternative, weil es überhaupt heute keine mögliche, keine praktische Politik ist.

Der Westen will uns helfen, weil er uns vertraut. Er vertraut uns, weil wir uns dieses Vertrauen verdient haben. Hätten wir seit 1949 immer nur gezögert, hätten wir vom Petersberger Abkommen bis jetzt immer nur alles gefordert und nichts gegeben, so hätten wir heute keine Geltung in der freien Welt. Wir wären dann nicht in der eindrucksvollen Position, in der wir uns heute befinden. Die Europa-Politik der Regierungskoalition ist der Schlüssel zur deutschen Einheit. Ohne diese Europa-Politik wäre von einer Viermächtekonferenz über die Wiedervereinigung Deutschlands in Freiheit nie die Rede gewesen.

Wer keine bessere Europa-Politik vorschlagen kann, der weiß auch nicht beizusteuern zu dieser Stärke. Und wer das nicht kann, der sollte etwas zurückhalten sein in seinem Anspruch, allein oder am meisten die Interessen der deutschen Einheit zu vertreten. Wie ist denn die Einladung an die Sowjetunion zu einer Viererkonferenz über Deutschland zustande gekommen? Auf Wunsch der Bundesregierung. Und warum hat sich die

Washingtoner Außenministerkonferenz den Forderungen der Bundesregierung angeschlossen, von den freien Wahlen bis zur echten außenpolitischen Handlungsfreiheit eines gesamtdeutschen Staates? Doch nur deshalb, weil die Westmächte wissen, daß sie der Bundesregierung vertrauen dürfen.

Ich kann mir noch etwas dabei denken, wenn jemand aus religiösen Gründen absoluter Pazifist oder auch Neutralist ist. Mit Politik hat das dann nichts zu tun. Aber wie man innerhalb des politischen Denkens heute ein deutscher Isolationist sein kann, das ist mir ganz und gar unbegreiflich: Ein isoliertes Deutschland, um das sich die ganze Weltpolitik zu drehen hätte! Eine nationale deutsche Armee, die beim Weltgleichgewicht das Zünglein an der Waage wäre! Ich könnte so etwas nur als Verblendung bezeichnen.

Deutschland ist keine Weltmacht mehr. Es kann nur in der festen Gemeinschaft mit anderen Staaten Sicherheit finden. Zwischen die Mächte gestellt, muß es zum Spielball werden. Kein Vertragssystem könnte ein isoliertes Deutschland schützen. Und eine

nationale deutsche Armee könnte es ebenso wenig schützen. Wir müßten dann den größten Teil unseres Volkseinkommens für die Verteidigung aufwenden und wären immer noch nicht ausreichend verteidigt. Sollen wir denn immer wieder in den tödlichen Fehler verfallen, eine Politik der Einsamkeit zu betreiben? Heute sind wir endlich so weit, daß wir nicht mehr allein, daß wir nicht mehr einsam sind. Sollen wir das leichtfertig wieder preisgeben? Nein, so geht es nicht. Dies wäre eine wirklichkeitsfremde, eine weltfremde Politik.

Diese Verträge werden sich als sehr lebensfähig erweisen, allen Feinden zum Trotz. Ich halte nicht sehr viel vom Gesundbeten. Aber von einem Krankbeten oder Totbeten halte ich erst recht nichts. Und das Totsagen der Verträge scheint mir einem Totbeter sehr ähnlich zu sehen. Ich werde mich dadurch nicht beirren lassen.

Das Schicksal Deutschlands wird außenpolitisch entschieden werden. Wir werden noch mehr Wohnungen bauen als bisher, wir werden alles dafür tun, daß der große wirtschaftliche Aufstieg Deutschlands sich weiter fortsetzt. Aber ohne eine gute Außenpolitik, die uns fest einfügt in die freie Welt, ist keine gute Finanz- und Wirtschaftspolitik, ist keine gute Sozialpolitik möglich. Auch unser Wohlstand ist abhängig vom Vertrauen der Welt zu Deutschland.

CSU-Landesvorsitzender Dr. Hans Ehard:

Die Entscheidung vom 6. September

Ein Wort zu den Wahlen

Auf die Christlich-Soziale Union wird ein Trommelfeuer von Angriffen, Beschuldigungen und Verdächtigungen niedergehen. Wie müssen dieser Entwicklung klar entgegensehen. Zu fürchten braucht die Union die bevorstehende politische Auseinandersetzung nicht. Die Union ist keine Partei der Versprechungen und Prophezeiungen. Sie ist und wird es auch in Zukunft bleiben: eine Partei erster Arbeit und sachlichen Verantwortungsbewußtseins.

Die Liebe zu unserem Volke soll nicht in patriotischen Formen, sondern in einer verantwortungsbewußten politischen Arbeit sich bekunden. Wo immer die Union angegriffen werden wird, wird sie diese Angriffe zurückweisen. Sie wird es mit allem Nachdruck, aber auch mit aller Sachlichkeit tun. Ich glaube sagen zu dürfen, daß Sachlichkeit die beste und auf die Dauer wirkungsvollste politische Waffe auch in den kommenden Wochen sein wird.

Unser Recht auf sachliche Auseinandersetzung ist um so größer, als die Union durch ihre Beteiligung an Bundesregierung und Bundespolitik bewiesen hat, daß sie eine groß angelegte, sozial bestimmte, auf den Frieden hinzielende Politik treibt. Die Politik der Bundesregierung ist eine Politik sichtbarer Erfolge.

Es ist erschütternd feststellen zu müssen, daß grundsätzliche Erwägungen die SPD davon abhalten, die Größe und Bedeutung dieser Erfolgspolitik zuzugeben. Diese Verweigerung ist nicht verwunder-

lich. Am 8. Februar 1952 erklärte der SPD-Abgeordnete Schöttle im Deutschen Bundestag:

„Die Sozialdemokratische Fraktion wird als Ausdruck ihrer eindeutigen Ablehnung der Politik der Bundesregierung gegen alle von den Fraktionen der Regierungsparteien eingebrachten Anträge — ungeachtet ihres sachlichen Inhalts — stimmen.“

Immer und überall hat die SPD „Nein“ gesagt.

„Nein“ zur europäischen Zusammenarbeit, „Nein“ zum Petersberger Abkommen, „Nein“ zum Demontagestop, „Nein“ zum Schuman-Plan, „Nein“ zum Deutschlandlied, „Nein“ zum Beamten- und Betriebsverfassungsgesetz, „Nein“ aber auch zu Schmutz- und Schundgesetz und zur Familienrechtsreform.

Eine Politik des „Neinsagens“ wird niemals in der Lage sein, den Weg, den die Bundesregierung seit 1949 beschritten hat, erfolgreich fortzusetzen.

Deutschland hat sich wieder einen Platz in der Gemeinschaft der freien Völker gesichert, weil die die Bundesregierung tragenden politischen Parteien die gebotenen Möglichkeiten ausgenützt haben, während die Opposition in einer erschreckenden Erstarrung verblieben ist. Wenn das deutsche Volk in seiner Gesamtheit erkennt, worüber es am 6. September zu entscheiden hat, besteht die berechtigte Hoffnung, daß durch das Vertrauen des deutschen Volkes die Politik sichtbarer Erfolge fortgesetzt werden kann.

Streiflichter aus dem Wahlkampf

„Jede kollektivistische Lösung, gleich von welcher Seite sie kommt, wird uns in spätestens fünf Jahren in den Kommunismus führen. Wir lehnen den mächtigen Staat mit seinem Befehlsapparat ab. Wir werden alles dafür einsetzen, dem einzelnen die größtmögliche Freiheit zu geben. Und diese Freiheit heißt bei uns Verantwortung.“ Dies erklärte Bundesarbeitsminister Storch auf einer Kundgebung der CDU in Benrath. Wenn einige behaupteten, die wirtschaftlichen Erfolge seien der weltpolitischen Lage zu verdanken, so könne man darauf nur erwidern: „Jawohl, weil wir es verstanden haben, diese Situation auszunutzen und Vertrauen im Ausland zu erwerben!“

Bundestagspräsident Dr. Ehlers erinnerte vor der Bremer CDU daran, daß auch die SPD in ihrer Zielsetzung keine echte neutrale Außenpolitik verfolge. Sie wolle nur „die freie Welt auf Eis legen“, um vorerst mit dem Osten zu verhandeln und es dann, wenn aus diesem Geschäft nichts geworden sei, wieder mit dem Westen zu versuchen. Das Zeitalter des ewigen Friedens sei aber offenbar noch nicht angebrochen, deshalb müsse man mit dem Westen eine echte Verteidigungsgemeinschaft suchen.

Über seine bisherigen Erfahrungen im Wahlkampf berichtete der Bundestagspräsident vor dem Evangelischen Arbeitskreis der bremischen CDU. Dr. Ehlers, der bisher 18 Wahlversammlungen hinter sich hat, fand überall ein überraschend großes Interesse der Öffentlichkeit und vor allem der Jugend. Es habe Versammlungen gegeben, die, nicht nur in Universitätsstädten, bis zur Hälfte von jungen Leuten besucht waren. Bemerkenswert sei vor allen Dingen der Zug zur Sachlichkeit, den er überall angetroffen habe.

Vizekanzler Blücher sagte auf einer FDP-Wahlversammlung in Wetzlar, die bisherige Regierungskoalition müsse auch nach den Bundestagswahlen erhalten bleiben, damit das noch nicht vollendete europäische Gebäude in seinem Aufbau nicht gestört werde. Die gleiche Meinung vertrat auch der FDP-Abgeordnete Dr. Mende vor Aachener FDP-Wählern.

Erich Ollenhauer setzte seine alte Taktik, die Bundesregierung für die durch das ewige „Nein“ der SPD verschuldeten Unzulänglichkeiten in der europäischen Integrationspolitik verantwortlich zu machen, auch in seiner letzten Wahlrede in Solingen fort. Er erklärte, das Inkrafttreten des Schumanplanes sei das einzige konkrete Resultat der Europapolitik des Bundeskanzlers. Alles andere sei völlig in der Schwebe und habe keine Aussicht auf Realisierung. Wenn das Bundesverfassungsgericht zu dem Ergebnis kommen sollte, daß die deutsch-alliierten Verträge eine Verfassungsänderung zur Voraussetzung hätten, dann werde die SPD die Verträge bei einer erneut notwendig werdenden Parlamentsverhandlung genau so entschieden ablehnen wie bisher.

Der Bundesvorsitzende der IG Nahrung, Genuß, Gaststätten, Hans Nätchen, kritisierte in Hamburg die Stellungnahme von Bundesarbeitsminister Storch zum Wahl-

aufwurf des DGB. „Es ist an der Zeit, daß wir Ordnung schaffen und die Spaltplitze aus den Gewerkschaften hinauswerfen“, sagte Nätchen. „Dazu gehören die Herren Storch, Winkelheide und Genossen. Sie haben bei uns nichts zu suchen.“ Nätcher sagte weiter, die Gewerkschaften seien gewillt, ihre ganze Kraft — auch das Mittel des Generalstreiks — einzusetzen, um ihre heiligsten Güter, Freiheit und Gerechtigkeit zu verteidigen.

Dr. Gustav Heinemann nahm auf einer Wahlversammlung in Hamm zur jüngsten sowjetischen Note Stellung und betonte hierbei, der Westen dürfe die Abhaltung freier gesamtdeutscher Wahlen nicht zur Vorbedingung für Verhandlungen mit der

Mitgliedsbeiträge für SPD-Wahlpropaganda

Der Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes gibt seinen sowohl sachlich unqualifizierten als auch die satzungsmäßig verankerte parteipolitische Neutralität verletzenden Wahlaufwurf jetzt in Gestalt einer illustrierten „Wahlzeitung“ heraus. Diese „Wahlillustrierte“ soll in einer Auflage von 15 Millionen in die Bevölkerung geschleudert werden; Herstellung und Vertrieb kosten nach grobem Überschlag die runde Summe von einer Million DM — entnommen den Beiträgen der DGB-Mitglieder.

Der publizistische Stil dieser „Illustrierten“ ist diktatorischen Vorbildern entlehnt; er zeigt die gleiche,

Moskau hört mit!

Im Berliner „Tag“ finden wir folgende beherzigenswerte Mahnung:

„Die deutsche Gesamtlage sollte es gebieten, den Wahlkampf nicht so zu führen, als ob wir ohne böse Nachbarn auf einer Insel der Seligen leben. Der kommunistische Osten ist Zeuge dieses Wahlkampfes und versucht selbstverständlich, ihn zu nutzbar zu machen. Das nicht beachtet zu haben, ist der schwerste Vorwurf, der dem Deutschen Gewerkschaftsbund wegen seines Wahlaufwurfs zu machen ist. Nichts kann dem Pankower Regime und seinen wirklichen Machthabern nützlicher sein als Parolen, die ihnen aus dem freien Deutschland selbst geliefert werden. Und sie sind in Kommunismus um so wertvoller, je einflußreicher und bedeutender ihr Urheber ist. Das Wohlbehagen, mit dem die kommunistische Presse der Sowjetzone den Wahlaufwurf des DGB zitiert, ist Beweis genug.“

Wirtschaftlich am gesündesten

Professor Jewkes von der Universität Oxford bezeichnete als die wirtschaftlich gesündesten Länder die USA, die Bundesrepublik Deutschland, danach Kanada, Holland, Belgien und die Schweiz. Der Grund: Diese Länder seien wirtschaftlich am freiesten. Die britische Wirtschaft gerate wegen des Bleigewichts der Kontrollen — eine Hinterlassenschaft der sozialistischen Labour-Regierung! — langsam ins Hintertreffen.

Sowjetunion machen. Heinemann teilte gleichzeitig mit, daß die gemeinsame Landesliste der GVP, der Freien Sozialen Union und des kommunistisch gelenkten Bundes der Deutschen Josef Wirths zugunsten des Bundes der Deutschen geändert werden müsse, da man diesem zu wenig Kandidaten zugebilligt habe. (Neue Zeitung vom 10. 8. 53)

Dr. Ulrich Noack, der durch den neutralistisch eingestellten „Nauheimer Kreis“ bekanntgewordene Würzburger Universitätsprofessor, hat sich entschlossen, seine Bundestagskandidatur für die GVP niederzulegen, da er mit dem Wahlbündnis zwischen der Gesamtdeutschen und dem kommunistisch beeinflussten Bund der Deutschen nicht einverstanden sei. Auch der Kreisverband Köln der GVP lehnte das Wahlbündnis mit dem Bund der Deutschen ab.

auf die Instinkte der Massen berechnete Schwarz-Weiß-Malerei, wie früher die nationalsozialistische und heute die bolschewistische Propaganda. Dem Inhalt nach ist sie von der gleichen unwahren und daher verantwortungslosen Polemik getragen, wie sie von der Sozialdemokratie seit Jahr und Tag getrieben wird. Für den Inhalt verantwortlich zeichnet Georg Reuter, der Funktionär also, dessen Wahl zum Stellvertreter Freitags zum sichtbarsten Ausdruck für die Beendigung der verständigungsreifen Böckler-Ära wurde.

Die CDU/CSU wird der Bevölkerung der Bundesrepublik in den kommenden Wochen mit den einzig anständigen Mitteln die Wahrheit sagen: nämlich mit ihren außenpolitischen, wirtschaftspolitischen und sozialpolitischen Leistungen nach vierjähriger verantwortungsbewußter Regierungsarbeit.

Östliches Echo auf DGB-Wahlaufwurf

Aus Berlin schreibt man uns: Der Wahlaufwurf des Deutschen Gewerkschaftsbundes, der seinen geistigen Vätern den Vorwurf der Verletzung satzungsgemäßer parteipolitischer Neutralität der Einheitsgewerkschaft eintrug, hat jenseits des Eisernen Vorhanges ein Echo gefunden, daß dem DGB-Vorstand kaum Genugtuung bereiten dürfte. „Volkskammerpräsident“ Johannes Dieckmann hat am 4. August um 18.35 Uhr im sowjetzonalen Rundfunk erklärt:

„Der Westen Deutschlands muß deshalb, um es mit den Worten des DGB-Vorstandes zu sagen, jetzt einen besseren Bundestag wählen und dem undemokratischen und unfriedlichen Regime Adenauers ein Ende bereiten.“

Der prokommunistische Sprecher, der mit der SED durch dick und dünn geht, macht sich also seine agitatorische Aufgabe sehr leicht: er sprichd einfach „mit den Worten des DGB-Vorstandes“.

Man sieht: Der Wahlaufwurf wird von den Machthabern der Sowjetzone als willkommenes Material für die eigene kommunistische Agitation betrachtet und ausgewertet. Diese Möglichkeit hat der DGB-Vorstand wohl weder gewollt noch auch — bedacht?!

A I c Europäische Neuordnung

Die Konferenz von Baden-Baden

Mit der Bekräftigung der Notwendigkeit, eine europäische politische Gemeinschaft zu schaffen, beendeten die Außenminister der sechs Mitgliedstaaten der Montanunion ihre am 7. und 8. August in Baden-Baden stattgefundenen Besprechungen. Sie beschloss, daß ihre Vertreter am 22. September in Rom zusammentreten sollen, um Vorschläge auszuarbeiten, die einer neuen Außenministerkonferenz unterbreitet werden sollen, die am 20. Oktober in Den Haag stattfindet. In dem gemeinsamen Abschlußkommunique heißt es u. a., die Minister hätten ihre übereinstimmende Auffassung in folgenden Punkten festgestellt:

1. Eine Gemeinschaft souveräner Staaten soll geschaffen werden, die im Interesse aller die überstaatlichen Befugnisse ausüben soll, die in den bereits geltenden Verträgen begründet sind oder sich aus weiteren Verträgen ergeben;

2. diese Gemeinschaft soll allen europäischen Staaten offenstehen, die sich zur Achtung der Menschenrechte und der Grundfreiheiten verpflichten. Diejenigen unter ihnen, die nicht Mitglied der Gemeinschaft werden, können sich ihr im Wege der Assoziation anschließen. Die Gemeinschaft soll mit dem Europarat möglichst enge Verbindungen unterhalten;

3. Die Gemeinschaft wird in einer noch näher zu bestimmenden Weise die europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl und die Europäische Verteidigungsgemeinschaft in sich aufnehmen. Der Fortschritt der Gemeinschaft hängt davon ab, daß gemeinsame Grundlagen der wirtschaftlichen Entwicklung geschaffen werden. Die Errichtung eines gemeinsamen Marktes bleibt ein Hauptziel der Gemeinschaft. Dieser Markt soll schrittweise verwirklicht werden, damit durch Schutzvorschriften und Ausgleichsmaßnahmen, die vorgesehen werden können, Beeinträchtigungen des Gleichgewichts und schwere Störungen auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet verhütet werden.

4. die Organe der Gemeinschaft sollen nach Grundsätzen gestaltet werden, die eine wirksame politische und demokratische Kontrolle der Exekutivorgane sicherstellen, die nach den geltenden Verträgen bereits bestehen, oder auf Grund künftiger Verträge geschaffen werden.

Das Zweikammersystem wird eine Völkerkammer umfassen, die grundsätzlich aus unmittelbaren europäischen Wahlen hervorgehen soll. Der Rat der nationalen Minister wird einen wesentlichen Bestandteil der neuen Gemeinschaft bilden.

12. August 1953

A IV 6 i Gewerkschaften

Neues Schreiben Freitag an den Kanzler

„Wir möchten keinen Zweifel darüber aufkommen lassen, daß wir im Interesse der zukünftigen politischen Entwicklung in der Bundesrepublik wünschen, daß die Bundesregierung sich auf ein breites Fundament der Demokratie stützen kann.“ heißt es in dem zweiten Antwortbrief des DGB-Vorsitzenden Freitag an Bundeskanzler Dr. Adenauer. Nur wenn sich die Bundesregierung auf ein breites Fundament der Demokratie stütze, scheine den Gewerkschaften eine „fortschrittlichere Sozialentwicklung“ gewährleistet zu sein. Zu dieser Überlegung sei der DGB gekommen, nachdem Bundesregierung und Bundestag es an der „notwendigen Entschlossenheit“ hätten fehlen lassen, die Regierungserklärung Dr. Adenauers zu befolgen, wonach eine neue Sozialordnung, das Streben nach Linderung der Not und nach soziale Gerechtigkeit als „oberster Leitstern“ zu betrachten seien. Der Rat der Gewerkschaften sei in vielen Fragen, so bei der Beratung der Gesetze über die Selbstverwaltung in der Sozialversicherung, über die Betriebsverfassung, bei der Preisregelung und den Subventionen „in den Wind geschlagen“ worden. Nach Ansicht Freitags könne nicht übersehen werden, daß einige Kabinettsmitglieder „immer wieder und bis in die letzten Wochen hinein den Gewerkschaften in ihren Reden einen offenen Kampf angesagt haben“. Gegen den Geist der „restaurativen und gewerkschaftsfeindlichen Kräfte“ wende sich der DGB, weil er darin ein „Unglück für Deutschland“ sehe. Abschließend sprach Freitag die Erwartung aus, daß die von den Gewerkschaften nicht gewünschte Auseinandersetzung nunmehr ein Ende gefunden habe.

12. August 1953

C d Ausschüsse

Sozialausschüsse protestieren gegen DGB-Wahlaufufruf

In einer mit großer Mehrheit gefaßten Entschliebung nahm am 7. August in Essen der Hauptvorstand der Sozialausschüsse der CDU unter dem Vorsitz vom Bundesminister Kaiser gegen den Wahlaufufruf des DGB Stellung. Der Appell ist unterzeichnet von Bundesminister Kaiser, Ministerpräsident Arnold, den Bundestagsabgeordneten Albers und Sabel sowie Eugen Wirsching. An der Vorstandssitzung nahmen außerdem auch die Bundestagsabgeordneten Heix, Mühlenberg, Arndgen und Pelster teil sowie die Vorstandsmitglieder der Industriegewerkschaft Bergbau, Platte und Scheppmann, der Bezirksdirektor der Industriegewerkschaft Textil Münsterland, Hollenkötter, und zahlreiche hauptamtliche führende Gewerkschaftler aus dem ganzen Bundesgebiet. Die Entschliebung hat folgenden Wortlaut:

„Seit Bestehen der Gewerkschaften haben verantwortungsbewußte Gewerkschaftler auf parteipolitischer Neutralität der Gewerkschaften beharrt. Aber immer wieder hat sich erwiesen, daß gewisse Kräfte im Deutschen Gewerkschaftsbund systematisch darauf ausgehen, die Gewerkschaften in den Dienst einer Partei zu stellen. Außerdem sind Tendenzen zu registrieren, die Gewerkschaften zu radikalisieren. Der Wahlaufufruf der Gewerkschaften bestätigt die Gefährlichkeit der innergewerkschaftlichen Verfassung in augenscheinlicher Weise. Kein echter Gewerkschaftler darf tatenlos zusehen, daß die deutsche Gewerkschaftsbewegung radikalisiert und parteipolitisch mißbraucht wird. Die Einheit der deutschen Gewerkschaftsbewegung ist in Gefahr.“

Deshalb appellieren wir an alle verantwortungsbewußten Gewerkschaftler, insbesondere an alle christlich-demokratischen Gewerkschaftler:

1. Tragt Sorge, daß die Gewerkschaften ihrem Wesen und ihrem Ziel als Sachwalter der sozialwirtschaftlichen Interessen der Arbeitnehmerschaft treu bleiben.

2. Tragt Sorge, daß die radikalen und reaktionären Kräfte ausgeschaltet werden.

3. Bekämpft alle destruktiven Kräfte und Gruppen in Betrieb und Gewerkschaft.

4. Schafft zu diesem Zwecke fraktionellen Zusammenhalt aller verantwortungsbewußten Kollegen in Betrieb und Gewerkschaften und verstärkt die Betriebsgruppenarbeit der demokratischen Kräfte. Wahrt gewerkschaftliche Disziplin. Verhelte echt dem gewerkschaftlichem Geist zum Siege. Wehrt Euch dagegen, daß die Gewerkschaften im Wahlkampf mißbraucht werden.“

12. August 1953

A III 1 b FDP

„Liberaler Bund“ in Niedersachsen

Die Spannungen innerhalb des Landesverbandes Niedersachsen der FDP haben jetzt zu einem offenen Bruch geführt. Die kürzlich vom Landesvorstand abgesetzten Vorstandsmitglieder des Kreisverbandes Hannover-Stadt und des Bezirksverbandes Groß-Hannover haben sich von dem Landesverband Niedersachsen der Freien Demokratischen Partei losgesagt und den „Liberalen Bund“ gegründet. Sie erklärten jedoch ausdrücklich, daß sie sich nur von dem Landesverband Niedersachsen und vom Landesvorsitzenden Stegner trennten, sich aber weiter mit der Bundespartei verbunden fühlten. In der von elf bisherigen hannoverschen Vorstandsmitgliedern unterzeichneten Erklärung heißt es u. a.: „Die Unterwanderung des Landesverbandes Niedersachsen der Freien Demokratischen Partei durch anti-liberale Elemente hat zu einer Verfälschung der Grundsätze der Partei in Niedersachsen geführt. Alle Versuche zu einer Säuberung sind fehlgeschlagen. Die Unterzeichneten sind daher — gestützt auf die Zustimmung ihrer zahlreichen Freunde — aus dem Landesverband ausgetreten. Sie werden für sie in Niedersachsen in dem neugegründeten „Liberalen Bund“ wirken, um liberales Denken und Handeln unter sozialer Verantwortung auf allen Gebieten des Lebens zu fördern und für eine wahrhaft demokratische Gestaltung von Staat und Gesellschaft eintreten.“

12. August 1953

A III 2 Außerparl. Parteien und Gruppen

Ohne Wissen auf fremden Parteilisten

Der bisherige CDU-Bundestagsabgeordnete Josef Mehs (Wittlich) erscheint auf einer gemeinsamen Landesliste der gesamtdeutschen Volkspartei (GVP) und des kommunistisch gesteuerten Bundes der Deutschen (BdD) in Rheinland-Pfalz. Mehs bezeichnete die Bekanntgabe seines Namens auf dieser Liste als „haarsträubend“. Er habe sich weder bei der GVP noch beim BdD um eine Aufstellung beworben, geschweige denn beiden Parteien die Genehmigung dazu erteilt. Mehs betonte, daß er nach wie vor Mitglied der CDU bleibe, auch wenn er von seiner Partei nicht wieder aufgestellt worden sei. Dies sei eine innere Angelegenheit der CDU. 12. August 1953

A II b Bundestagswahlen

CDU-Kandidaten in Nordrhein-Westfalen

Bundeskanzler Dr. Adenauer steht an erster Stelle der Landesreserveliste der CDU in Nordrhein-Westfalen für die Bundestagswahl. Dies beschloß eine Vertreterversammlung der CDU-Landesverbände Nordrhein und Westfalen, die in Essen unter Vorsitz der Landesvorsitzenden Wilhelm Johnen, MdL (Rheinland), und Lambert Lensing, MdL (Westfalen), stattfand. Die Wahl der Kandidaten zeigte von 2—30 folgendes Ergebnis:

2. Frau Dr. Rehling, Pfarrersfrau; 3. Jakob Kaiser, Bundesminister; 4. Theodor Blank, Sicherheitsbeauftragter; 5. Dr. Gerh. Schröder, Rechtsanwalt; 6. Karl Hahn, kaufm. Geschäftsführer; 7. Frau Dr. Steinbiß, Ärztin; 8. Joh. Albers, Arbeitersekretär; 9. Dr. Bergmeyer, Abteilungsleiter; 10. Johannes Kunze, Verwaltungsdirektor; 11. Dr. Robert Pferdenges, Bankier; 12. Hermann Ehren, Schriftleiter; 13. Dr. Fritz Hellwig, Industrieminister; 14. Heinrich Voß, Diakon; 15. Bernhard Winkelheide, Arbeitersekretär; 16. Dr. Linus Kather; 17. Heinrich Scheppmann, Gewerkschaftssekretär; 18. Ernst Holla, Bäckermeister; 19. Richard Oetzel, Zimmermeister; 20. Dr. Wolfgang Pohle, Rechtsanwalt; 21. Dr. Wilhelm Glasmeyer, Landwirt; 22. Wilmar Sabbas, Dipl.-Ing., Bergassessor; 23. Peter Heinrich Kirchhoff, Fabrikant; 24. Heinrich Wullenhaupt, Arbeitersekretär; 25. Dr. Carl Hespberg, Geschäftsführer des Haus- und Grundbesitzerverbandes; 26. Heinrich Wehking, Landwirt; 27. Dr. Georg Kliesing, Studienrat; 28. Theo Teriete, Gewerkschaftssekretär; 29. Valentin Brück, Amtmann; 30. Dr. Walter Kolbe, Geschäftsführer.

*

Gesandter a. D. Otto Fürst von Bismarck, ein Enkel des „Eisernen Kanzlers“, kandidiert in Schleswig-Holstein auf der 2. Stelle der Landesliste der CDU. Die erste Stelle nimmt Bundeskanzler Dr. Adenauer ein. — Als CDU-Kandidaten für die Pfälzischen Wahlkreise Neustadt — Rockenhausen — Kirchheimbollen — Grünstadt wurde der evgl. Landwirt Knobloch und für Kaiserslautern — Kusel der Bergmann August Spies als Kandidaten für die Bundestagswahl aufgestellt.

An dritter Stelle der Landesliste der CDU von Rheinland-Pfalz ist der stellv. Vorsitzende der im Saargebiet noch nicht zugelassenen CDU, Karl Walz, gewählt. Vor Walz rangieren nur der Bundeskanzler und Bundestagspräsident Dr. E. Ehlers. Wie Ministerpräsident Altmaier auf einer Pressekonferenz erklärte, ist die Kandidatur von Walz eine „echte Kandidatur“. Walz werde sein Mandat unter allen Umständen annehmen. Er sei sich auch über die Folgen einer Annahme des Mandats klar. Er würde im Fall seiner Wahl unter das Gesetz der Saarregierung fallen, wonach Bewohner des Saarlandes, die ein öffentliches Amt im Ausland ausüben, die saarländische Staatsbürgerschaft verlieren und ausgewiesen werden.

Wahlkreiskandidaten der CDU in Baden-Württemberg

Nordwürttemberg: Stuttgart I: Jahn, Arthur; Stuttgart 2: Häussler, Erwin; Ludwigsburg: Graf Adelmann; Heilbronn: Simpfendorfer, Karl; Böblingen: Bausch, Paul; Esslingen: Ruf, Thomas; Göppingen: Fink, Hermann; Ulm: Erhard, Dr. Ludwig; Aalen: Vogel, Dr. Rudolf; Backnang: Gerstenmaier, Dr. Eugen; Crailsheim: Brömmel, Dr. Josef; Waiblingen: Fritz, Friedrich.

Nordbaden: Karlsruhe Stadt: Werber, Dr. Friedrich; Mannheim Stadt: Maier, Josef; Heidelberg: Wahl, Prof. Dr. Eduard; Bruchsal: Neuburger, August; Mannheim Land: Lindrath, Dr. Hermann; Sinheim: Leibfried, Eugen; Tauber-bischofsheim: Wacker, Oskar.

Südbaden: Konstanz: Schüttler, Josef; Donaueschingen: Hilbert, Anton; Lörrach: Schill, Lambert; Freiburg: Kopf, Dr. Hermann; Emmendingen: Höfler, Heinrich; Offenburg: Rümmele, Oskar; Rastatt: Morgentaler, Wendelin.

Württemberg-Hohenzollern: Reutlingen: Gedat, Gustav-Adolf; Calw: Schuler, Fritz; Rottweil: Gengler, Karl; Balingen: Müller, Dr. Gebhard; Biberach: Bauknecht, Bernhard; Ravensburg: Kiesinger, Kurt-Georg. 12. August 1953

A V h Rheinland-Pfalz

Paritätische Stellenbesetzung in Rheinland-Pfalz

Gegen die Behauptung, die Angehörigen der evangelischen Konfession würden bei der Stellenbesetzung höherer Staatsämter in Rheinland-Pfalz gegenüber den Katholiken benachteiligt, wendet sich die CDU-Landtagsfraktion. So sei zum Beispiel im Landkreis Mainz mit 38 540 katholischen und 27 188 evangelischen Bewohnern der Landrat, der Leiter des Gesundheitsamtes und der Leiter des Katasteramtes sowie 4 höhere Beamte dieser Behörde evangelisch. Ähnlich lägen die Fälle im Kreis Altkirchen mit 54 763 katholischen und 44 991 evangelischen Bewohnern. Dort seien neben dem Landrat und dem Leiter des Katasteramtes von 120 Beamten und Angestellten des Landratsamtes 90 evangelisch und 30 katholisch. Von den 39 Landräten des Landes seien 24 katholisch, 14 evangelisch und 1 freireligiös. Bei den Leitern der Vermessungsämter betrage der Prozentsatz der Katholiken 40 % und der Evangelischen 60 %.

Die Bevölkerung des Landes sei zu 60 % katholisch und 40 % evangelisch. Von den verantwortlichen Stellen werde immer wieder betont, daß keine Konfessionspolitik getrieben werde, sondern eine Beamtenpolitik, bei der das Leistungsprinzip entscheide. Es sei in einzelnen Fällen durchaus möglich, daß z. B. in einem Kreis mit überwiegend evangelischer Bevölkerung aus sachlichen Erwägungen mehr katholische Christen in leitender Stellung seien und umgekehrt. Ein Überblick über die Verhältnisse im ganzen Land zeige jedoch, daß ein gerechter Ausgleich gewahrt sei.

Es gehe den Gegnern der CDU mit ihren Behauptungen auch nur darum, in die politisch festgeschlossene Front der Christen aus parteipolitischen Egoismus einen Keil zu treiben. Es sei äußerst bedauerlich, daß Christen beider Konfessionen in unverantwortlicher Weise immer wieder gegeneinander aufgehetzt würden. 12. August 1953

A II b Bundestagswahlen

Gemeinsam in 15 Wahlkreisen

Niedersachsens Landesverbände der CDU, FDP und DP haben sich am 8. und 9. August darüber geeinigt, in 15 niedersächsischen Wahlkreisen gemeinsame Kandidaten aufzustellen. Die Landeslisten der Parteien bleiben getrennt. Es wurde vereinbart, den Wahlkampf untereinander in fairer Weise und mit der Zielrichtung gegen den gemeinsamen politischen Gegner zu führen. 12. August 1953

(Fortsetzung Inhaltsverzeichnis)

Aus dem Parteilieben (außer CDU/CSU)	Nr.
Aufwand an Worten (Sozialplan der SPD)	10
Beifall ganz links für Ollenhauer	45
BHE und Sozialdemokratie	35
Coué einmal umgekehrt (Silvesterscherz der SPD-Kritik)	4
Das politische Versagen der SPD	40
Das Wesen der politischen Parteien	4
Der NWDR im Wahlkampf	45
Die Gralshüter a. D. (SPD und Marxismus)	15
Die permanente Säuberung — und Max Reimanns Alldruck	39
Die Stunde des Konservatismus	31
Ein Bischofswort für die Parteien	6
Englischer Sozialist kritisiert SPD	48
„Enttäuschungen“ — aber für die SPD	39
Es geht um die Wirtschaft (Wirtschaftspolitik der SPD)	20
Greuelpropaganda gegen das eigene Volk (Propaganda der SPD im Ausland)	20
Griff in die Mottenkiste („Politischer Katholizismus“)	20
Kakophonie mit Paukenschlag (Frankfurter SPD-Wahlkongreß)	36
Kernfrage an Dr. Heinemann	28
Konfessionelle Verhetzung als politische Propaganda	35
KP-Ersatzreserve Wirth	45
Mit dem „Willen zur Macht“ in den Wahlkampf (SPD und Mittelstand)	24
Moskau antwortet nicht (Dr. Heinemann)	45
Nationalistische Internationale	6
Neonazismus in Aktion	4
„Neuer Vorwärts“ marschiert rückwärts	39
Parteiliche Entgleisungen (SPD)	35
Personalpolitik der SPD	11
Plakatierte Unaufrichtigkeit (SPD-Plakate)	20
Presseecho aus Frankfurt (SPD-Wahlkongreß)	38
Quo vadis, Ollenhauer?	40
Raue Töne (Stimmung in Niedersachsen)	48
Reimanns „mächtige Bewegung“	39
Schwarmgeisterei (Dr. Heinemann)	45
Sie bleiben Marxisten	27
Solinger Beispiel in Neuauflage	39
Sozialisten über SPD	25
SPD steigt ins trojanische Pferd (Wirtschaftspolitik der SPD)	19
„SPD ist mir unverständlich“ (Brief eines Sozialisten)	10
SPD-Personalpolitik im Scheinwerfer	47
SPD und evangelische Kirche	45
Trojanisches Pferd wiehert (Echo auf Artikel: „Trojanisches Pferd“)	27
„Unabhängige Patrioten“ (Dr. Wirth)	44
Vorleistung auf Friedensvertrag	39
Wachsender Nazismus	5
Wer mißbrauchte die Wahlgesetzgebung (Schleswig-Holstein)	39
Wo herrscht Fraktionszwang	29

Inhaltsverzeichnis für das erste Halbjahr 1953

Zahlreichen Wünschen und Anregungen Folge leistend, haben wir für das erste Halbjahr der „Union in Deutschland“ ein Inhaltsverzeichnis in Druck gegeben. Es soll die in dieser Zeit veröffentlichten Beiträge im Hinblick auf die Propaganda zu den Bundestagswahlen nachträglich auswerten und ihre Auffindung erleichtern helfen.

Außenpolitik

Dr. Adenauer zum Wechsel in US-Hochkommissariat	Nr. 7
Dr. Adenauer: Eine ernste Pflicht (Abkommen mit Israel)	18
Amerikanische Erkenntnisse: Kein Versailles — kein Rapallo	29
Aus Paris und London zurück	38
Außenpolitischer Rundblick	12/13
Außenpolitisches Plebiszit	48
Ausgangspunkt für Verhandlungen	39
Besuch aus Österreich	38
Besuch mit geschichtlichem Hintergrund (Dr. Adenauers Amerikareise)	29
Das entscheidende Ja (dritte Lesung der Verträge)	22
Das Saarproblem in Straßburg und Paris	35
Das zwingende Ziel (Neujahrstraktat Jakob Kaisers)	1/2
Der amerikanische Besuch in Bonn (Foster Dulles)	10
Die Wege der deutschen Außenpolitik	3
Die Auslieferungspflicht (für politische Häftlinge)	15
Die Franzosen und wir	25
Die Illusionen der deutschen Sozialdemokratie („Kleineuropa“)	23
Die Politik der freien Welt	36
Die Saarkonventionen	12/13
Die Schatten der Vergangenheit (Oradour-Prozeß)	14
Die Verantwortung des Nein-Sagens wächst	19
Die Verantwortung ist unteilbar (Um die Ratifizierung der Verträge)	34
Die Verträge im englischen Unterhaus	21
Die Verträge gehen ihren Weg	23
Deutscher Besuch in Washington	25
Dritte Lesung der Vertragswerke	18
Ein faules Kolumbusei (Zinn zur Neutralität)	25
Ein Jahr nach der Vertragsunterzeichnung	40
Einheit, Gleichberechtigung, Frieden (CDU-Entscheidung zur Annahme der Verträge)	22
„Ein neuer Abschnitt“ (Adenauer zu Straßburg)	19
Ein Vierteljahrhundert „Dolomiten“ (Deutsche Zeitung in Südtirol)	21
Erkenntnisse aus der Kanzlerreise	31
Europa ist unser Schicksal	20
Europa im Werden	1/2
Europa — inneres Gebot	8
Europäisches Klima in Bonn	16
Europäer beim Wort genommen (Straßburger Beratungen)	3
Europäische Realität	5
Im Raum der globalen Politik (Amerikareise des Kanzlers)	27
In Österreich wenig verändert	15
Junge Generation und Vertragswerke	11
Klarheit geschaffen — Ende der Illusionen (Foster Dulles in Bonn)	24
Kraftentfaltung gegen östliche Ballung (Dr. Adenauer im Bundestag)	23
Mehr Takt, Mister Crossman!	36
Mehr als eine formale Bestätigung (Bonn und Bermudakonferenz)	44
Mißbehagen in USA (Verzögerung der Ratifizierung)	3
Montanunion und Steuerstreit	34
Natürliche Entwicklungsstufe (Europäische Integration)	38
Neue Verzögerungstaktik (Verträge vor dem BVG)	36
Noch unter Besatzungsrecht	4
Osterreich vor der Wahlentscheidung	14
Pariser Schatten über Rom	15
Spaak warnt die deutsche Sozialdemokratie	16
SPD-Nein zu Europa	6
Dr. Schröders Saarvorschläge	5
Unser Weg nach Europa	29
Verzögerungspolitik gefährdet Deutschland und Europa	8
Vogel-Strauß-Politik (SPD-Opposition gegen Außenpolitik)	9
„Von draußen“ gesehen (ausländische Kommentare zur Ostpolitik der Bundesregierung)	48
Wahlagitiation mit negativen Schlagern (Wahlen in Österreich)	18
Wahrung der deutschen Lebensinteressen	42
Warum Wiedergutmachung an Israel?	14
Was bezweckt das Potsdamer Abkommen?	40
Was will der Kreml wirklich?	46
Wechsel am Quai D'Orsay	3
Wer hat gelogen? (SPD-Anfrage zum Bergarbeiterverbot an der Saar)	19
„Wir warnen unsere Freunde...“ (Verzögerung der Verträge)	5
Zinn — ober	44
Zwischen Paris und den Bermudas	49

Innenpolitik

Dr. Adenauer — erfolgreichster Politiker	20
Allzu bescheiden (Publizität der Regierungspolitik)	47
Am laufenden Band... (C. Schmid beim Stuttgarter Rundfunk)	18
An der Schwelle des neuen Jahres	1/2
Aus der Gesetzgebungsarbeit (Baulandbeschaffung — Flurbereinigung)	46
Baden-Württemberg am Jahreswechsel	3
Baden-Württemberg und die Bundesrepublik	40
Blick ins Vorstrafenregister (Niedersachsens Personalpolitik)	35
Bundesanstalt für Familienausgleich	39
Bundestag begann letzten Tagungsabschnitt	6
Bundestag vor ernster Entscheidung (Wahlgesetz)	18
Das ist ein Geschäft! (Sozialisierung in Hessen)	25
Das Schlußpensum des Bundestages	36
Das Schicksal des Wahlgesetzes	11
Das kommende Wahlgesetz	4
Der Beamte im Staat	24
Der Griff nach dem Richterstand	7
Der Haushalt des größten Landes	34
Der Koalitionsriß in Niedersachsen	42
Die Frauen in den Kommunalvertretungen	8
Die Landschaftsverbandsordnung in Nordrhein-Westfalen	36
Die Stellung der verheirateten Beamtin	48
Dr. Ehlers über den Reichsgedanken	5
Ein gesundes Bundesland (Rheinland-Pfalz)	36
Ein Zurück in der Geschichte gibt es nicht (SS und Demokratie)	18
Eine Woche der Entscheidungen (Wahlgesetz, Vertriebenengesetz, Israelabkommen)	21

Nr.		Nr.
7	Es ging um den Kopf (Niedersächsische Regierungskrise)	39
18	Für den Entwurf der Bundesregierung (Wahlgesetzentwurf)	11
29	Für Wahlgesetzvorschlag der Regierung	10
38	Für zweite Kammer in Baden-Württemberg	4
12/13	Gefahr im Verzuge (Dr. Lehr zum Jahreswechsel — innenpolitische Probleme)	1/2
48	Geistliche in der Kommunalpolitik	8
38	Hessischer Maulkorb für Presse?	38
22	In die Enge getrieben (Dr. Arndt vor dem britischen Mikrofon)	5
29	Ist der Wahlgesetzentwurf verfassungsmäßig	10
35	5 Jahre Grenzlandhilfe im Westen	25
1/2	Klares Recht auf festem Grund (Dr. Gerstenmaier zur Verfassungsreform)	12/13
10	Kommunale Probleme Hamburgs	29
3	Konstruktive Opposition (CDU-Politik in Hessen)	36
15	Landwirtschaft dankte technischem Hilfswerk	46
25	Marxistische Aktionseinheit in Hessen	40
23	Mädels-Grundlehrgänge im Jugendaufbauplan	48
36	Neugliederung — ein Gesamtproblem	34
12/13	Noch einmal: Das Mehrheitswahlrecht	9
14	Opposition ohne Ausweg	5
19	Parteilpolitik gegen Staatspolitik (Wahlgesetz)	47
34	Personalpolitik in Niedersachsen	44
21	70 Prozent des Landes für Politik der Bundesregierung	6
23	Reaktivierung und Rehabilitation (Entnazifizierung — Fall Naumann)	35
25	Selbstverwaltung für die Landwirtschaft	36
18	Richter wehren sich (Richter und Altersgrenze)	15
25	SPD-Stimmen für Mehrheitswahlrecht	24
40	Stabilität ist nötig (Aufgaben des neuen Wahlrechtes)	7
22	Streikbrecher-Organisation? (Technisches Hilfswerk)	40
19	Täuschung der Wählerschaft	1/2
21	Technisches Hilfswerk und Gewerkschaften	11
19	THW-Hollandhilfe und DGB-Vorstand	15
31	Unbelehrbar (Baden-Württemberg)	25
20	Voraussetzungen und Ziele einer Wahlrechtsreform	40
1/2	Was geht in der Staatskanzlei vor? (Niedersachsen)	6
8	Wettbewerb der Hilfe (Wasserkatastrophe in Holland)	12/13
16	Worum geht es beim Wahlgesetz?	46

Wirtschaftspolitik

48	Anschluß an die Ernte gesichert
39	Arbeitslosenkurve gleitet weiter abwärts
45	Außerordentliche Produktionszunahme in der Bauwirtschaft
35	Das Allspargergesetz
5	Der Butterpreis
48	DM im Sterling-Raum anerkannt
16	Deutsche Aufbaupolitik im Schweizer Urteil
49	Deutscher Wirtschaftswiederaufbau an dritter Stelle
3	Die aktive Handelsbilanz 1952
3	Die aktive Handelsbilanz
34	Die Erfolge unserer Agrarpolitik
8	Die Grundzüge der kleinen Steuerreform
21	Die Landwirtschaft im Licht der europäischen Integration
9	Die Lebenshaltung wurde nicht teuer
21	Die Löhne stiegen weiter
9	Die Konsolidierung der Finanzwirtschaft
35	Die Rettung der britischen Wirtschaft
39	Die schöpferische Politik der Bundesregierung
1/2	Ein mißglückter Versuch an untauglichen Objekten (Sozialistische Studiengesellschaft leugnet wirtschaftliche Erfolge)
35	Einkommen und Steuerermäßigung
48	Es geht aufwärts (Übersaisonbedingter Wirtschaftsauftrieb)
48	Fünf Jahre soziale Marktwirtschaft
48	Gesündeste Preisentwicklung
20	Gradmesser wachsender Kaufkraft: Motorräder
46	Größte Reallohnsteigerung in der Bundesrepublik
15	Handwerksordnung noch vor Ostern?
36	Handwerk und Mittelstand
6	Höchststand der Spareinlagen
27	Industrieproduktion belebt
17	Interessante Zahlen der Handelsstatistik
22	Interzonenhandel 1953
36	Ist die „Kleine Steuerreform“ unsozial?
27	Kein Konjunkturumbruch zu erwarten
20	Konjunktur deutscher Wertfen
36	Lebensmittelpreise bei uns am billigsten
24	Lohn und Produktivität im gleichen Schritt
24	Man lebt billiger
24	Marktwirtschaftserfolg übertrifft Versprechungen
38	„Marktwirtschaft mit Linksdrall“
45	Prof. Erhard und das Handwerk
12/13	Salzgitter — Stadt des Aufstiegs
35	Schon 700 000 Arbeitslose unter Höchststand
9	„Seit dem Kriege noch nie so zuversichtlich“ (Ernährungslage der Bundesrepublik)
42	Sparen steigt im Kurs
42	SPD zieht die Handschuhe aus (SPD-Kritik an der Wirtschaftspolitik)
38	437 Mill. Ausfuhr-Überschuß
14	Ständiger Aufstieg
25	Steigender Anteil am Welthandel
25	Steigender Bierkonsum
21	Steuerreform im Kreuzfeuer
1/2	Tatsachen sprechen
40	Verstaatlichung kostet Geld
17	Vollbeschäftigung erreicht
20	Warum soziale Marktwirtschaft?
6	Wirtschaftswunder stabil
25	Wo werden die Reichen reicher?
39	Zahlen sprechen
41	Zweidrittel aller Deutschen leben billiger
44	Zu viel oder zu wenig Arbeitsplätze
25	Zuversicht im Einzelhandel

Kulturelle Fragen	Nr.	Bolschewismus — sowjetisch besetzte Zone	Nr.
Auf dem Wege zur Verständigung? (Rundfunkgesetz)	19	Auch ein Nachruf (Stalin)	21
Das Vakuum der Gleichberechtigung	48	Auch ein Weißbuch (Zusammenstellung der Verträge der DDR)	22
Der Christ in der Öffentlichkeit	16	Außenminister und Agent (Dertinger)	5
Der Rundfunk im Staat	9	Besuch im Jugendlager Loccum	8
Der Schulkampf der SPD	42	Briefe aus östlicher Sicht	3
Die Berufstätigkeit der Mütter	8	Der Irrtum der russischen Politik	48
Die Deutsche Welle	34	Der Schauproß in Erfurt	3
Die Kultur-Millionen des NWDR	24	Der Sinn der Reinigungen	12/13
Ein Schlagwort und ein Bundesminister (Dr. Dehler)	42	Der tote Herrscher der roten Welt (Stalin)	18
Endlich Schmutz- und Schundgesetz	40	Der Widerstand der Sowjetzone	40
Gemeinschaft und Freiheit	39	Deutsche Flüchtlinge — ein Weltproblem	40
Gesamtdeutsche Zielsetzung im Rundfunk	17	Die Berlin-Hilfe — politisch und wirtschaftlich gesehen	45
Gleichberechtigung der Frau	36	Die Entwicklung zur Kolchose hin	17
Junge Mädchen militärisch ausgebildet	8	Die Verhandlung mit den Arabern	14
Katholisches Jungführertreffen in Augsburg	40	Drohende Lawine der Flucht	20
Kein staatliches Erziehungsmonopol	1/2	„Ein gutes Jahr: Adenauer gestoppt?“	8
Keine Flucht ins Privatchristentum	42	Ein Regime brach zusammen	47
Kulturkampf im Südwestraum?	16	Frauen und Kinder in der Sowjetzone	8
Mißverständene Demokratie (Hessische Schulpolitik)	15	„Freie Wahlen“ — für schutzloses Berlin	8
Niedersachsens Schul-Voigt	17	„Freiwilliger Zwang“ zum Kollektiv	14
Ostern in den Katakomben	25	Geeintes Deutschland im geeinten Europa	22
Politbüro befiehlt — und SPD-Blatt hetzt (Kardinal Stepinac)	7	Geheimnisse des Kreml	29
Rundfunk-Initiativgesetz	24	Geplanter Hunger	27
Sozialismus, Christentum und Kirche	42	Im offenen Kirchenkampf	8
SPD und Christentum	6	Kalter Wasserstrahl aus Moskau	31
SPD Vorstoß gegen Elternrecht abgewiesen	7	Karneval — aber auch helfen	40
Über die Gleichverantwortung der Frau	8	„Kreml — Astrologie“ und deutscher Standpunkt	3
Verfassungspolitik aus christlichem Geist	48	NEP-Maßnahmen in der Sowjetzone	3
Vor den italienischen Wahlen	42	Neues Spiel im alten Takt (zum 17. Juni)	45
Will SPD ein Rechtschaos schaffen? (Familienrecht)	24	„Ohne Mittelstand kann kein Staat bestehen“	49
Zusätzliche Einnahmen für Rundfunksender	25	Ollenhauer und die Sowjetzone	14
		Ratifikation und sowjetisch besetzte Zone	11
Sozialpolitik		Richtlinien für den Klassenkampf	22
Arbeitslosenzunahme — saisonbedingt	6	Stalinismus ohne Stalin	45
„Argernisse ...“ (Sozialerfolge der Bundesregierung)	9	Schiefe Spekulationen (Mögliche Wahlen in der Zone)	19
Bundesrepublik an der Spitze (Sozialleistungen)	45	Schmuggel an der Oder-Neiße	39
Christliche Gewerkschaften	3	Stadtsowjet Berlin	4
Das neue Schwerbeschädigtengesetz	24	Sowjetzonalen Mosaik	1
Der Ausgang der Sozialwahlen	40	Überfremdung aus dem Osten	3/10/22/40
Der christliche Arbeiter rührt sich	12/13	Unter Friedenstauben	10
DGB und christliche Arbeitnehmer im Listenkampf	36	USA-Sprecher: Deutsche Grenzen von 1937 gebilligt	1/2
Die überbetriebliche Werksparkasse	15	Verbrüderung mit dem Todfeind (Kommunisten und Kirchen)	45
Ein Sieg der Vernunft (Einigung im Bergbau)	5	Vier Monate später (Volkskammer-Delegation in Bonn)	14
Ein Sozialplan ohne Fundamente (SPD-Sozialplan)	27	Vorbildliche Hilfsgemeinschaft	8
Gemeinschaftslisten oder eigene Listen (Sozialwahlen)	34	Vorsicht: „Fuldaer Verlagsanstalt“	12/13
Gewerkschaften in Wirtschaft und Staat	35	Wahlkampagne vom Osten her	9
Gewerkschaftsbeitrag und Lohnsteuer	40	Wer ist der nächste? (Verhaftung Dertingers)	29
Gewerkschaftsbeiträge und Lohnsteuer	48	Wie denkt die Sowjetzonenbevölkerung?	7
Gleichberechtigung der Arbeitnehmerschaft	18	Zonenvertreter im Bundestag	1/2
Grundbeiträge der Reichsversicherung	48		40
Im April Sozialwahlen	6		
Kein kalter Krieg mit Gewerkschaften	17	Aus dem Parteileben (CDU/CSU)	
Kompromiß Familienausgleichskassen?	12/13	Dr. Adenauer bei den Landesgeschäftsführern	7
1,5 Millionen Wohnungen	27	Appell der Politik an evangelische Christen	44
Miteigentum — ein wichtiges Anliegen	10	Arbeitnehmerschaft muß wirtschaftlich mündig werden (Sozialausschüsse in Köln)	17
Privater Wohnungsbau ständig zurückgedrängt	48	Aufgabe und Weg (Parteitag der Exil-CDU)	22
Soziale Sicherheit (Neujahrsbotschaft Minister Storchs)	1/2	Berichte vom Hamburger Parteitag	32/33
Sozialer Friede durch Eigentum	16	Berlin bittet um verstärkte Hilfe	3
Wohnungsbau in Deutschland und Frankreich	46	CDU — die große Sammlungspartei (Landesparteiausschuß Schleswig-Holstein)	7
Zweites Heimkehrergesetz soll Lücken schließen	48	CDU-Parteitag in Schleswig-Holstein	47
		Das große Ziel (Wahlkampf)	39
Verteidigungsfrage		Das Hamburger Programm	35
Baldige Realisierung der Europaarmee	6	Dem evangelischen Arbeitskreis der CDU/CSU in Hannover	42
Der „Aussschuß vom Dienst“ (Bundestagsausschuß für Fragen der europäischen Sicherheit)	11	Der evangelische Christ in der Politik	27
Ein Sieg der Vernunft (Einigung über Zusatzprotokolle zum EVG-Vertrag)	24	Der evangelische Politiker und die Kirchen	44
Erst prüfen, dann urteilen (Zusatzprotokolle zum EVG-Vertrag)	14	Der Kanzler	2
Grünes Licht für Bonn (Nach dem Bescheid von Karlsruhe)	19	Der Standort der Christlich-Sozialen Union	46
Keine Mehrbelastung durch Verteidigungsbeitrag	36	Die einzige neue politische Kraft	29
Mißbilligungsantrag gegen Dr. Adenauer abgelehnt (Heuss-Gutachten vor dem BVG)	18	Die Fülle der Jahre (Dr. Adenauer 77 Jahre)	1/2
Ohrfeigen für wen? (finanzieller Wehrbeitrag und Verteidigungsbeitrag SPD)	19	Die Junge Union in Hamburg	29
		Die Meinung der 18 Millionen (Exil-CDU)	22
		Die Partei der Verantwortung	31
Flüchtlingswesen		Die Stellung der CDU in Niedersachsen	23
Arbeitsbeschaffung und Lastenausgleich	22	Die Union und ihre Presse	25
Aufbaudarlehen und Vertriebenenwirtschaft	10	Ein Mißstimmungsbild (Hamburger Parteitag)	34
Auswirkungen des Altsparengesetzes	40	Eine eindrucksvolle Begegnung (Deutschlandrat der JU)	25
Beachtliche Leistungsziffern (Hilfe für Flüchtlinge)	17	Eine Erklärung der neuen Abgeordneten (Übertritt zur CDU)	7
Beitrag amerikanischer Katholiken zur Linderung der Flüchtlingsnot	45	Evangelische Verantwortung	21
Bundestagswahl und Vertriebenenorganisation	40	Exil-CDU muß Sauerartig werden	24
Der Kanzler im Lager Wentorf	34	Ganz Deutschland in ein geeintes Europa (Parteitag der Exil-CDU)	23
Die Altspareneraufwertung der Vertriebenen	10	Hamburger Parteitag im Spiegel der Presse	34
Die Eingliederung der Heimatvertriebenen	10	Jahr der Entscheidung	3
Die politische Mitarbeit der Flüchtlinge	17	Je einiger der Westen, desto sicherer Berlin (Berliner CDU)	23
Einsicht auf beiden Seiten (3. Beratung des Vertriebenengesetzes)	24	Konsolidierung und Konzentration (Parteitag Schleswig-Holstein)	45
Flüchtlinge siedeln in Frankreich	3	Mehr als eine formale Bestätigung (Bonn und Bermuda-Konferenz)	44
„Große Tage“ der Volksvertretung (Vertriebenengesetz)	22	Mit Mut und Zuversicht in den Wahlkampf	22
Hüben und drüben (Flüchtlingsbrief)	8	Neutralismus — Verkennung der Wirklichkeit	44
Ist die Eingliederung der Vertriebenen geglückt?	45	Politik ohne Illusionen	42
Lastenausgleich und Sowjetzonenflüchtlinge	3	Sozialer Rechtsstaat im geeinten Europa	27
Notleistungsgesetz für Ostzonenflüchtlinge	22	Übertritte zur CDU	38
Recht auf Asyl	3	Verbindung von Idealismus und Nüchternheit (Deutschlandrat der Jungen Union)	25
50 Prozent der Neubauten für Vertriebene und Umsiedler	17	Von Goslar nach Hamburg	29
Steuarentlastung der Familie	10	Vom Ahlener zum Hamburger Programm	48
Steuervergünstigung (für Flüchtlinge)	45	Vom Ahlener zum Hamburger Programm	40
Sowjets verletzte Menschenrechte	7	„Vorbereitende Planungsarbeit“	29
Soziale Marktwirtschaft und Vertriebenen-Wirtschaft	13	Wachsende Spannung fordert Entscheidung (Tagung des Parteivorstandes)	8
Vertriebenengesetz im Bundestag	16	Wachsende Zustimmung (Popularität Dr. Adenauers)	34
Verzicht und Gewinn (Charta der Vertriebenen)	45	Zwischenbilanz Hamburg	29
Was geht wirklich vor? (Bauschicksale in der Ostzone)	17		
Zwischen zweiter und dritter Lesung (Vertriebenengesetz)	17		

Herr Zinn von Heuchelheim

Aus Wiesbaden schreibt man uns:

Die Heuchelheimer Rede des hessischen Ministerpräsidenten Georg August Zinn mit ihren unqualifizierbaren Anwürfen gegen den Bundeskanzler hat allen Ankündigungen und Versprechungen, daß der Wahlkampf zwar scharf, aber fair und sachlich geführt werden sollte, dermaßen Hohn gesprochen, daß die Empörung darüber weit über die Grenzen des Landes Hessen hinaus sich während der wenigen Wochen des Wahlkampfes schwerlich beruhigen dürfte. Die CDU verweist darauf, daß diese Rede kein Einzelfall ist, sondern daß der Ministerpräsident das Ansehen und die Kreditwürdigkeit der Bundesrepublik und speziell der hessischen Wirtschaft auch anderweitig bereits vielfach geschädigt hat.

Zinn selbst kommt bekanntlich vom linksradikalen Flügel der SPD her, und seine politischen Sympathien scheinen nach wie vor so stark in dieser Richtung zu tendieren, daß er auch jetzt noch einen ausgesprochen revolutionär-sozialistischen Kurs steuert. Bei der Abwehr des Radikalismus, die ja alle großen Parteien und auch die SPD auf ihr Programm geschrieben haben, hat Herr Zinn

Höhnlich sich immer nur gegen rechts gewendet; die Abwehr der linksradikalen Bedrohungen hat er stets seinem Innenminister Zinnkann überlassen.

Mit diesem Kurs hat Herr Zinn allerdings sehr schlechte Erfahrungen gemacht, vor allem auf dem von ihm besonders eifrig gepflegten Sektor der Sozialisierungsexperimente, die dem Lande Hessen so ungeheuerlich geschadet haben, daß es schon seit geraumer Zeit still um diesen Sozialisierungskurs geworden ist. So sehr nach außen hin immer noch an der grundsätzlichen Sozialisierungstheorie festgehalten wird, so offensichtlich ist die Regierung bemüht, hinter verschlossenen Türen diese Sozialisierungsexperimente nach und nach wieder zu liquidieren. Die CDU wird ihr dabei recht gern behilflich sein, beispielsweise durch ihren neuen Antrag, in welchem die Regierung ersucht werden soll, dem Landtag über den bisherigen Kostenaufwand für die Sozialisierungsmaßnahmen sowie über die voraussichtliche Kapitalsumme, die für die Entschädigungen

aufgewendet werden muß, Bericht zu erstatten.

Unter dem Regime des Herrn Zinn ist Hessen zum einzigen Bundesland geworden, in welchem die (im Vergleich zu manchen andern europäischen Ländern) in der Bundesrepublik vorbildliche Zusammenarbeit der Sozialpartner, also der Verbände der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer, sich nicht im gleichen Maße entwickeln und bewähren konnte, wie in anderen Bundesländern. Der einzige große Streik, der seit der Währungsreform in der Bundesrepublik zu verzeichnen ist, brach in Hessen aus. Es war der hessische Metallarbeiterstreik vom Herbst 1951, der dem Lande, seiner Wirtschaft und seiner Arbeiterschaft ungeheuer geschadet hat. Viele Millionen Steuergelder gingen durch diesen Streik verloren, und wertvollste Aufträge, die in Hessen ausgeführt werden sollten, wurden auf andere Industriegebiete verlagert.

Das hat selbstverständlich auch die Arbeiterschaft gemerkt, und der Kurs des Kabinetts Zinn hat bei ihr einen dermaßen wachsenden Widerspruch hervorgerufen, daß Herr Zinn wahrscheinlich längst Angst vor der eigenen Courage bekommen hat. Er muß nachgerade befürchten, daß die Reaktion der Arbeiterschaft auf seinen Radikalismus sich eines Tages in sehr entschiedener Form auswirken kann. Sogar innerhalb seiner eigenen Landtagsfraktion gerät er damit mehr und mehr in eine deutliche Isolierung. Es ist doch immerhin auffallend, daß der Fraktionsvorsitzende der SPD im hessischen Landtag, der Abg. Schneider, in seinen öffentlichen Erklärungen immer wieder Wert darauf legt, eine gute „Wirtschaftsatmosphäre“, also ein gutes Einvernehmen zwischen Unternehmern und Arbeiterschaft zu verlangen und zu empfehlen, ein Einvernehmen, das sich beispielsweise bei der Exportförderung, der Wirtschaftsforschung und auf ähnlichen Gebieten sehr fruchtbringend auswirken kann. Die Mißstimmung über Zinns Kurs, die durch die Heuchelheimer Affäre noch wesentlich verschärft wurde, läßt mit Sicherheit erwarten, daß die Wähler dieses Urteil am 6. September nachdrücklich bestätigen werden.

„Neutralität“

Im Gegensatz zu dieser Anweisung hat der Erste Vorsitzende der Industrie-Gewerkschaft Bergbau, August Schmidt, in seinem Tätigkeitsbericht anlässlich der 4. Generalversammlung der Industrie-Gewerkschaft Bergbau in Köln, nachdrücklich erklärt, die Gewerkschaften müßten neutral sein und dürften sich weder parteipolitisch noch religiös binden!

Die Anweisung des Informationsdienstes Arbeit und Freiheit steht ebenfalls im Gegensatz zu den gesetzlichen Pflichten der Betriebsräte. Nach § 51 des Betriebsverfassungsgesetzes (BVG) haben sich Arbeitgeber und Betriebsrat jeder parteipolitischen Betätigung im Betrieb zu enthalten. Bei einem Verstoß gegen diese gesetzliche Verpflichtung zur parteipolitischen Neutralität seitens des Betriebsrates haben die wahlberechtigten Arbeitnehmer sowie der Arbeitgeber nach § 23 des BVG das Recht und die Pflicht, arbeitsgerichtlich gegen ihren Betriebsrat vorzugehen. Die Stellung der Betriebsräte im betrieblichen Alltag muß weltanschaulich und parteipolitisch

neutral sein. Wird diese Stellung gefährdet, so ist mit einer Entzweiung der Belegschaft sowie einer Störung des Produktionsprozesses zu rechnen.

Im Interesse des Arbeitsfriedens und der sachlichen Wahrnehmung der Arbeitnehmerinteressen im Betrieb sollten derartige Aufforderungen unterbleiben!

Ausfall mangels Beteiligung

Die für das vergangene Wochenende von der „Gesamtdeutschen Volkspartei“ und der KPD in Landstuhl in der Pfalz angekündigten Wahlversammlungen sind wegen zu geringen Interesses ausgefallen. Obwohl Bundesinnenminister a. D. Dr. Heinemann als Redner der GVP vorgesehen war, kamen nur drei Einwohner in die GVP-Versammlung. Der Redner der KPD stand ganz vereinsamt im Kundgebungssaal. Selbst die fünf eingeschriebenen Mitglieder der KPD in Landstuhl waren nicht erschienen, da sie als Mitspieler der Laienspielbühne Landstuhl bei einer Generalprobe waren.

Heinemanns Rechnung mit dem Wirth

Die GVP scheint in die Zugkraft ihres Programms kein sonderliches Vertrauen zu setzen. Ihre „Wahlproklamation“ kann (wenn man von den Schmähungen gegen den Kanzler und die Koalitionsparteien — die SPD bleibt davon verschont — absieht) bei flüchtigen Lesern den Eindruck erwecken, als fordere die GVP im Grunde das gleiche, wie die Parteien der Bundestagsmehrheit: Viererkonferenz, freie Wahlen, Friedensvertrag mit einer freien gesamtdeutschen Regierung. Sogar beim Sofortprogramm, das Dr. Adenauer am 1. Juli verkündete, hat die GVP eine Anleihe genommen.

Hingegen bemüht sich die GVP gerade das tunlichst zu verheimlichen, was sie von der Konzeption der Bundestagsmehrheit trennt. Es fehlt vor allem die präzise Angabe, daß die GVP eine „Neutralisierung“ Deutschlands will, daß sie also gesonnen ist, unsere Heimat ohne wirksamen Schutz zwischen dem Westen und dem Osten isolieren zu lassen mit der sicheren Aussicht, in kürzester Frist vom Bolschewismus verschlungen zu werden. Die GVP trägt also sichtlich Bedenken, den Wählern ihr ureigenstes Anliegen mit aller Offenheit vorzutragen.

Dafür muß man der GVP für das Geständnis dankbar sein, daß ihre Männer und Frauen „zusammen mit Kandidaten aus dem Bund der Deutschen“ vor das deutsche Volk treten. Hier weiß das deutsche Volk allerdings schon hinreichend Bescheid:

Wer Heinemann wählt, wählt Wirth! Wer Wirth wählt, wählt bolschewistisch!

Vollbeschäftigung überwiegend erreicht

Die Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik hat Ende Juli den niedrigsten Stand seit der wirtschaftlichen Stabilisierung nach der Währungsreform erreicht. Während des Monats Juli sank die Zahl der Arbeitslosen um 60.756 auf 1.012.316. Es fehlen also nur noch 12.000 an der Millionengrenze!

Seit der Währungsreform hat sich die Zahl der Beschäftigten um 2,4 Millionen

(= 17,4 %) erhöht. In Wirklichkeit war der Anstieg aber noch stärker, da bei den Ziffern von 1948 die damals zahlreichen Fälle von Scheinarbeit abgezogen werden müßten. Über 1,2 Millionen der Mehrbeschäftigten entfallen auf Nordrhein-Westfalen, weitere 624 000 auf Baden-Württemberg, so daß diese beiden Bezirke allein 80 % der Beschäftigungszunahme auf sich vereinigen. Diese beiden Bezirke weisen mit 3,2 % bzw. 3 % auch den niedrigsten Anteil der Arbeitslosen an der Gesamtzahl der unselbständigen Erwerbspersonen (Beschäftigte und Arbeitslose) auf. In ihnen ist die „Vollbeschäftigung“ zweifellos erreicht worden. Das gleiche wird man auch

vom Bundesdurchschnitt (6,4 % am 30. Juni gegen 8,4 % im März) sagen können, besonders wenn man berücksichtigt, daß von den als arbeitslos Registrierten nur 50—60 Prozent als voll arbeitsverwendbar gelten können.

Ungünstiger sind die Verhältnisse in den Flüchtlingsländern, wo der Anteil der Arbeitslosen noch verhältnismäßig hoch ist. Überwiegend aber haben wir heute bereits den Zustand der „Vollbeschäftigung“. So beträgt der Anteil der Arbeitslosen im Landesarbeitsamtsbezirk Rheinland-Hessen-Nassau nur 3,9 %, in der Pfalz 4,8 %, in Hessen 6,5 %, in Niedersachsen dagegen 10,0 % und in Schleswig-Holstein 14,1 %.

Die SPD kirchenfreundlich?

Pfarrer Dr. Wenzel (Braunschweig), Mitglied der SPD-Fraktion des Bundestages, hat einer Reihe von Pfarrern eine kleine Druckschrift zugestellt mit dem Titel: „Sozialdemokratie und Kirche“. In dieser Schrift will er den Beweis antreten, daß in den letzten 80 Jahren Sozialdemokratie und Kirche „niemals in bewußter Feindschaft“ zueinander standen, sondern immer in einer echten und guten Verbindung zueinander waren.

Geistlicher Rat Unverhau (Wolfenbüttel) ist in einem offenen Brief diese Schrift entgegengetreten. Er weist

Kleidung erbeten

für Flüchtlinge im Lager Wentorf, gebrauchsfähige Kinderunterwäsche, sowie Kinderschuhzeug und Arbeitskleidung für landwirtschaftliche Arbeitskräfte, z. Hd. Herrn Rieck, Durchgangslager Wentorf (Bez. Hamburg), Block IV, Zimmer 42, CDU-Vorsitzender.

nach, daß die Sozialdemokratie auch nach 1945 ihr Programm und ihr Auftreten in der Öffentlichkeit durch keinerlei Gesichtspunkte bereichert hat, aus denen hervorging, daß die Sozialdemokratie ihre durch Karl Marx selbst begründete Kirchenfeindschaft auch nur im geringsten abgeschwächt hätte. Er weist darauf hin, daß die SPD im Jahre 1951 in ihrer Frankfurter Kulturkonferenz die bekennnisfreie Schule, die Trennung von Kirche und Staat, den Fortfall der staatlichen Einziehung der Kirchensteuer und die weltliche Lehrerbildung zu Programmpunkten erhoben habe. Der Verfasser weist ferner darauf hin, daß nach dem Willen der SPD folgende Punkte nicht in das Grundgesetz aufgenommen werden sollten: Der Vorspruch mit der Anrufung Gottes; das Recht der Eltern, über die Teilnahme ihrer Kinder am Religionsunterricht zu bestimmen; die Anerkennung des Religionsunterrichts als ordentliches Lehrfach an den öffentlichen Schulen aller Art; die Rechte der Kirchen und Religionsgemeinschaften auf ungehinderte und selbständige Erledigung ihrer Angelegenheiten, Anerkennung ihres Eigentums und des Rechts auf Ausübung der Seelsorge in Krankenanstalten, Strafanstalten usw.

Der Verfasser des offenen Briefes zitiert ferner ein Schreiben der SPD an den Nordwestdeutschen Rund-

funk, in dem verlangt wird, einen Teil der kirchlichen Sendungen im Sonntagsprogramm durch allgemein interessierende Sendungen zu ersetzen. Hingewiesen wird auch auf eine Erklärung, die der Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Lehrer, Henkel (Hannover), im „Neuen Vorwärts“ vom 19. 2. 1949 veröffentlicht hat: „Für den Religionsunterricht gibt es keinen Lehrauftrag der Kirchen. Der Auftrag zur Erteilung des Religionsunterrichts geht ausschließlich vom Staat aus. Der Religionsunterricht steht auch allein unter staatlicher Aufsicht.“ Der sozialistische Regierungs- und Gewerbeschulrat Stein teilte am 25. August 1951 in Frankfurt in einer Konferenz von Berufsschuldirektoren mit, daß die gewerbliche Abteilung der Berufsschule künftig nur noch acht Stunden Unterricht haben sollte, so daß keine Religionsstunde mehr angebaut werden könnte. Bei einer Klassenstärke von mehr als 20 Schülern soll der Religionsunterricht nur dann erteilt werden, wenn er zuvor genehmigt sei; bei einer geringeren Klassenstärke dürfe er überhaupt nicht genehmigt werden.

„Wollen Sie, Herr Wenzel“, so fragt der Verfasser des offenen Briefes, „auch jetzt

Burgfrieden in Hamburg

Das Präsidium des Deutschen Evangelischen Kirchentages hat sich um einen politischen Burgfrieden während der Zeit des eben begonnenen Kirchentages in Hamburg bemüht. In diesen Tagen sollen keine Wahlkundgebungen stattfinden.

Die CDU, die FDP und die DP in Hamburg haben sofort und einschränkungslos diesem Vorschlag zugestimmt. Die SPD und der BHE haben, wie man hört, wissen lassen, sie hätten bereits Versammlungsräume gemietet, würden aber dafür sorgen, daß die Wahlversammlungen während dieser Tage mit möglicher Zurückhaltung durchgeführt würden. Die Gesamtdeutsche Volkspartei Dr. Heinemanns hat, wie man weiter hört, bisher nicht geantwortet. Der Geschäftsführende Vorstand der Christlich Demokratischen Union Deutschlands hat in einem Schreiben an den Präsidenten des Deutschen Evangelischen Kirchentages, Dr. Reinhold von Thadden-Trigloff, den Burgfrieden begrüßt und der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß alle Beteiligten ihn respektieren werden. Um der großen

noch behaupten, daß die SPD in ihren Grundauffassungen durchaus mit dem Christentum übereinstimme? Ihre eigenen Freunde beweisen Ihnen das Gegenteil.“ Abschließend schreibt Geistlicher Rat Unverhau, es werde sich jetzt erweisen müssen, wem das deutsche Volk mehr vertraut, denen, die in Wahlzeiten Auch-Christen sein wollen, oder denen, die zäh und entschieden am Wiederaufbau des Staates mit Vertrauen auf Gottes Hilfe arbeiten und ein wirkliches Christentum der Tat unter Beweis stellen.

„... betet keine Holzklötze an!“

Als eine „ungeheuerliche Beschimpfung unseres christlichen Glaubens“ bezeichnete eine von den Kanzeln der katholischen Kirchen im Kreise Mörs verlesenen Erklärung die Worte, die der SPD-Stadtverordnete Egermann im Rat der Stadt Kamplinfurt bei der Debatte um ein Altersheim ausgesprochen hatte und die lauteten: „Die Arbeiterwohlfahrt treibt keinen Götzendienst und betet keine Holzklötze an.“ Mit Recht sah die katholische Bevölkerung, gegen deren Glaubensanschauungen diese Worte gerichtet waren, hier „eine unheure Beschimpfung und einen schweren Angriff auf unsere religiöse Überzeugung“, wie es in der Kanzelerklärung weiter heißt. Wenn auch inzwischen sich der zuständige SPD-Vorstand von diesen aufschlußreichen Ergüssen eines klassenbewußten Sozialisten distanziert hat und diesen Ausspruch als dem Gebote der Toleranz zuwider bezeichnet hat, so ändert das doch nichts an der Tatsache, daß die wahre Gesinnung leider immer noch sehr zahlreicher in der roten Wolle gefärbter Sozialdemokraten wieder einmal sichtbar wurde. Was hier sehr grob und offenerz ausgesprochen wurde, hat mancher heute führender SPD-Mann in etwas vornehmerer Form ebenfalls zum Ausdruck gebracht. Wenn gewünscht, können wir mit weiteren Belegen dienen, einige haben wir in letzter Zeit bereits hier veröffentlicht.

Bedeutung willen, die dem Kirchentag zukommt, kann man nur wünschen, daß diese Hoffnung in Erfüllung geht.

Politische Demonstrationen sollten im Raum der Kirche überhaupt vermieden werden. Das hat auch jetzt die Synode der evangelischen Kirche in Hessen und Nassau in einer Entschließung mit großem Nachdruck an die Adresse von Kirchenpräsident Niemöller ausgesprochen. Sein Wahlauftrag, so hat sie festgestellt, hat das Wort der Synode vom November 1950 verletzt. Niemöller hat sich der Synode nicht gestellt. Hoffentlich nimmt er aber wenigstens von dieser Entschließung Kenntnis. Und hoffentlich sieht er sich veranlaßt — zumal nach dieser deutlichen Mahnung der Synode — endlich, auch bei anderen Gelegenheiten, wo evangelische Christen beisammen sind, den Burgfrieden nicht zu stören und auf politische Demonstrationen zu verzichten.

Herausgeber: Bundesgeschäftsstelle der CDU Deutschlands, Bonn, Nassestr. 2 - Verlag und Vertrieb: Argelanderstr. 173 - Redaktion: Bonn, Pressehaus IV am Bundeshaus, Schließfach 102 Druck: Buch- u. Verlagsdruckerei L. Leopold, Bonn